

Revision der Kulturpolitik: Brauchen wir eine neue »neue Kulturpolitik« ?

Gabriele Schulz im Gespräch mit Norbert Sievers und
Olaf Zimmermann



Dr. Norbert Sievers ist
wiss. Berater des Insti-
tuts für Kulturpolitik der
KuPoGe

Norbert Sievers



Olaf Zimmermann ist
Geschäftsführer des
Deutschen Kulturrates

Olaf Zimmermann

Schulz: Was war aus Ihrer jeweiligen Sicht die wichtigste oder die einschneidendste Veränderung in der Kulturpolitik der letzten 30 Jahre? Was war ein »Kippunkt« ?

Sievers: Es gibt natürlich eine ganze Menge Aspekte, die ich beschreiben könnte. Woran ich häufiger denke, ist die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland« (Kultur-Enquete) und insbesondere der Schlussbericht (Drucksache 16/7000). Für mich war das eine Zusammenfassung dessen, was in den 20 Jahren davor von verschiedensten Akteuren – auch von uns, der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe) – diskutiert worden ist. All dies hat seinen Widerhall im Schlussbericht der Kultur-Enquete gefunden, und viele Debatten

haben sich darin widerspiegelt. Ihren Niederschlag fand die Kultur-Enquete u.a. im Kulturfördergesetz in NRW, das den Geist der Kultur-Enquete atmet. Insofern war und ist dieser Bericht ein wichtiges Referenzdokument für den kulturpolitischen Reformprozess in Deutschland.

Zimmermann: Ich würde drei Aspekte nennen. Zum einen die Etablierung des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag und die Schaffung des Amtes der Beauftragten für Kultur und Medien. Beides wurde auf unser gemeinsames Betreiben 1998 eingerichtet und gab der Bundeskulturpolitik – und damit letztlich auch uns Verbänden – Sichtbarkeit. Als dritten wichtigen Aspekt würde auch ich die erwähnte Kultur-Enquete nennen, die im

Jahr 2002 vom Deutschen Bundestag eingesetzt wurde. Alle drei Institutionen haben dazu geführt, dass wir heute auf der Bundesebene vollständig anders über Kulturpolitik reden als es noch vor 25 Jahren der Fall war. Aber ich bin davon überzeugt, dass ohne die Verbände, speziell ohne die KuPoGe und den Deutschen Kulturrat, diese Entwicklung nicht eingetreten wäre. Wir haben Druck gemacht und dafür z.B. gerade von den Ländern auch nicht nur Lob geerntet.

Schulz: Damit wurde schon ein weiterer kulturpolitischer Akteur angesprochen. Wie würden sie beide die Rolle der Länder beschreiben?

Sievers: Also, wenn man von den Ländern als Ländergemeinschaft, also letztlich der KMK oder seit letztem Jahr der

Kulturministerkonferenz (Kultur-MK) als Struktur spricht, da besteht meines Erachtens noch viel Luft nach oben. Oder anders gesagt: Da hätte ich mir mehr erwartet. Es gibt aber einzelne Länder, in denen Wichtiges passiert und geschehen ist. Als erstes fällt mir dabei mein Heimatland Nordrhein-Westfalen ein. Ich finde, dass von NRW viele wichtige Impulse ausgegangen sind und immer noch gehen. Zu nennen ist aus meiner Sicht auch Brandenburg, von dort sind gerade in den 1990er Jahren viele Akzente in Sachen konzeptbasierter Kulturpolitik ausgegangen. Gleiches lässt sich auch von Sachsen und Niedersachsen sagen. In der Addition gäbe es schon einiges zu berichten. Als Struktur, als KMK, hätten die Länder deutlicher aktiver und nicht durch Nichtverhalten in Erscheinung treten können.

Zimmermann: Ich finde, dass die Länder, die doch eigentlich die kulturpolitische Kompetenz haben, zumindest in den letzten 20 Jahren massiv geschwächt haben. Sie versuchen es jetzt mit der Kultur-MK aufzuholen. Das erste Jahr ist im Großen und Ganzen auch gut verlaufen, doch wird man die weitere Entwicklung beobachten müssen. Ich habe als größtes Problem bei den Ländern stets empfunden, dass es ihnen unglaublich schwerfällt, gesamtstaatliche kulturpolitische Verantwortung zu übernehmen. Im jeweiligen Bundesland wird und wurde Verantwortung übernommen, sie endet aber allzu oft an der Landesgrenze. Ich glaube, dass letztlich der Bund kulturpolitisch so stark ist, weil die Länder kulturpolitisch so schwach sind.

Sievers: Interessant. Das kann durchaus sein.

Zimmermann: Ich würde behaupten, dass, wenn die Länder stärker gemeinsam proaktiv und nicht nur abwehrend auftreten würden, würde das den Bund stärker in Grenzen halten. Manchmal beschleicht mich bei einigen Bundesförderungen schon die Frage, ob sie eigentlich Aufgabe des Bundes sind? Oder ob sie nicht originäre Aufgabe der Länder oder sogar der Kommunen wären? Und dafür schwächelt der Bund teilweise, finde ich, ein wenig in den großen Dingen, wenn es also um letztendlich nationale oder auch europäische oder sogar weltweite Aktivitäten geht. Ich wünsche mir daher starke Länder, die ihre Aufgaben, aber auch gesamtstaatliche Verantwortung übernehmen.

Schulz: Damit kämen wir zum dritten kulturpolitischen Akteur, den Kommunen. Wenn ich an einige wegweisende Erklärungen wie z.B. »Rettet unsere Städte jetzt« in den 1970er Jahren oder auch einige Protagonisten zurückerdenke, gingen doch wichtige kulturpolitische Impulse von den Kommunen aus. Wie schätzen sie heute die Rolle der Kommunen ein?

Zimmermann: Ich denke schon, dass die Kommunen früher, also in den genannten 1970er Jahren, stärker waren. Das gilt auch für den Kulturausschuss des Deutschen Städtetages, der einer der wichtigsten Akteure im Bereich der Kulturpolitik war und maßgebliche Entwicklungen aufgezeigt hat. Vielleicht sind sogar die Kommunen die größeren Opfer der Stärkung der Bundeskulturpolitik als die Länder. Zugleich sind die Kommunen teilweise aber auch ein sehr abgeschlossener Closed Shop mit eigenen Debatten und Diskussionen und wenig Offenheit für andere Akteure. Das finde ich, ehrlich gesagt, schade.

Sievers: Ich würde dem in der Tendenz zustimmen. Nur muss der Kontext einbezogen werden. Die 1970er Jahre waren, wie der Kultursoziologe Gerhard Schulze formulierte, die »utopische Phase« der Kulturpolitik. Es gab einerseits Persönlichkeiten, wie Hermann Glaser oder Hilmar Hoffmann und andere, die Kulturpolitik theoretisch fundierten und dabei aus dem Vollen schöpfen konnten. Und dann gab es einfach viel weniger: weniger Institutionen, weniger Projekte, weniger Diskurse, da war es einfacher durchzudringen. Zusätzlich bestand eine gesellschaftliche Offenheit. Ich erinnere nur an das Diktum von Willy Brandt »Mehr Demokratie wagen«. Die Synapsen waren vorhanden und vor allem sie waren offen, aufnahmebereit. Wir haben heute eine vollkommen andere Situation. Vieles ist administrativ besser geworden, die Haushalte sind möglicherweise besser aufgestellt, es sind viele Einrichtungen gegründet worden, auch in der Folge der »Neuen Kulturpolitik«. Aber man vermisst schon die programmatischen Signale, die in die Zukunft weisen. Eher ist eine gewisse Erschöpfung festzustellen.

Schulz: Daran würde ich gerne anknüpfen. Eben war von den offenen Synapsen die Rede, von Erwartungen an Kunst und Kultur. Welche Fragestellungen haben heute Relevanz? Wie

unterscheidet sich die Postmoderne von der Moderne?

Sievers: Postmoderne ist ein gutes Stichwort. Ich denke, dass die »Neue Kulturpolitik« der 1970er Jahre genau in einer Zeitenwende entstand. Gesellschaftstheoretiker verorten den Wechsel von der Industriemoderne in die Postmoderne genau in der Mitte der 1970er Jahre. Dazu gehört auch der damit verbundene Wertewandel. Also Werte wie Identitätsfindung, Authentizität, Autonomie und so weiter. Diese Werte sind in den kulturpolitischen Grundsatzpapieren jener Jahre, auch der Kulturpolitischen Gesellschaft, zu lesen. Das waren die Stichworte der Zeit. Sie vermittelten bereits Ausblicke auf die postmoderne Gesellschaft, mental und instrumentell steckte die Kulturpolitik aber noch in der Industriemoderne. Das war eine interessante Gemengelage. Heute sind wir wieder an einem Wechsellpunkt angelangt und merken es noch nicht richtig in der Kulturpolitik. Die Postmoderne geht zu Ende. Das »anything goes« geht nicht mehr, allein aufgrund der Klimaentwicklung. Wir müssen neue Konzepte entwickeln. Der Kern von »Kultur für alle« sind Addition und Wachstum. Jetzt müssen wir »Kultur für alle« vor dem Hintergrund der Grenzen des Wachstums reformulieren. Das Schwierige an der Aufgabe ist, dass wir mitten im Änderungsprozess stecken und diesen gestalten müssen. Ich bin mir sicher, dass unsere Nachfolger und Nachfolgerinnen in 30 Jahren unsere jetzige Zeit beurteilen und einordnen können. Die Kulturpolitik ist aber gefordert zu gestalten, ohne zu wissen, wohin die Reise geht.

Schulz: Zugleich sind die genannten Themen, wie beispielsweise »Ende des Wachstums« oder der Nachhaltigkeitsdiskurs so neu in der Kulturpolitik oder zumindest in unseren Verbänden der KuPoGe und dem Deutschen Kulturrat nicht. Die KuPoGe hat in diversen Publikationen das Thema aufgegriffen. Als Deutscher Kulturrat haben wir bereits vor einigen Jahren ein Heft von Politik & Kultur zum »Anthropozän« veröffentlicht. Ich denke, wir sind die Spürhunde, die Themen erspüren, wenn sie noch nicht auf der Agenda sind, dort aber hingehören sollten. Doch was bedeutet der Nachhaltigkeitsdiskurs aktuell? Was folgt daraus, was für Aufgaben stellen sich uns?

Sievers: Ich glaube, dass die ganze Klimakrise oder besser gesagt die

Klimakatastrophe die Agenden aller Politiken in zehn Jahren völlig durcheinanderwirbeln wird. Das gilt auch für den Kulturbereich. Eigentlich paradox, aber in den 1970er Jahren haben wir ähnliche Themen schon diskutiert. Die Neue Kulturpolitik war eng verbunden mit den »Grenzen des Wachstums«, mit Überlegungen, aus der Wachstumsfalle herauszukommen. Dann ist das Thema in den Hintergrund getreten und nun ist es wieder auf der Tagesordnung mit allerdings einer ganz neuen Dramatik, die uns kaum Alternativen lässt. Kulturpolitik muss darauf reagieren. Wenn die Erwartung besteht, dass der Verkehr anders organisiert wird, wenn Städte anders gebaut werden müssen, wenn die Energiegewinnung sich grundlegend ändern muss, dann kann in der Kulturpolitik nicht so weiter gemacht werden, als würde sie das nicht berühren. Ich denke, sie muss vom Wachstumsparadigma Abschied nehmen und dafür Zeichen setzen. Ein falsches Zeichen ist, um ein Beispiel zu nennen, in meinen Augen der Umbau der Oper in Stuttgart für 1 Milliarde Euro. Hier wird Kulturpolitik letztlich ohne echten Diskurs für die nächsten 30, 40, 50, 60 Jahre festgeschrieben. Wissen wir, was dann überhaupt ist mit unserer Gesellschaft? Ich hätte mir vorher eine Debatte darüber gewünscht, ob hier die Ressourcen richtig eingesetzt werden. Das sehe ich generell in der Kulturpolitik derzeit noch nicht. Wir müssen nachdenken über nachhaltigere, klimagerechtere Modelle, Lösungen und Konzepte. Das wird eine ganz schwierige Diskussion. Ich wage zu prophezeien, dass die Bürgerinnen und Bürger in zehn Jahren vom Staat jene Verbote einfordern werden, vor denen heute zurückgeschreckt wird. Dann stehen auch Freiheitsrechte auf dem Spiel. Ich denke, wie müssen heute die Köpfe zusammenstecken und Perspektiven für eine Kulturpolitik in einer Gesellschaft ohne Wachstum im herkömmlichen Sinne entwickeln.

Zimmermann: Da stimme ich zu. Der Zuwachs an öffentlichen Kulturangeboten, an geförderten Kulturprojekten usw. beruht letztlich auf Wirtschaftswachstum, da nur so mehr Steuereinnahmen generiert werden. Dieses Argument wurde uns auch stets, insbesondere von der Automobilwirtschaft, in den TTIP-Debatten, also den Diskussionen zum Freihandelsabkommen zwischen dem USA und der EU, entgegenge-

halten. Dort wurde argumentiert, dass gerade der Kulturbereich von der »brummenden« Automobilwirtschaft profitiert, weil durch dort gemachte Gewinne die Mittel für Kultur entstehen. Die Argumentation ging dann weiter, dass der Kulturbereich darum auch für Freihandel und speziell für TTIP sein müsse. Das Argument ist ja auch nicht ganz von der Hand zu weisen, obwohl unsere Argumente gegen TTIP vor allem kulturwirtschaftlicher Natur waren und leider bei der Automobilwirtschaft auf keinen fruchtbaren Boden fielen. Doch ich fürchte, dass die gesamte Grundannahme, dass nur durch Wirtschaftswachstum die Grundlagen unseres Wohlstands geschaffen werden, auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Das wird nicht spurlos am Kulturbereich vorbeigehen. Die Wachstumslogik wird auch hier in Frage gestellt werden. Eine weitere Dimension mit Blick auf die Klimadiskussion ist für mich, dass gerade der Kulturbereich sehr international aufgestellt ist. Das ist sehr schön und bereichernd. Es bedeutet aber zugleich eine rege Reisetätigkeit – auch mit dem Flugzeug. Woran sich die Frage anschließt, wie wir damit umgehen wollen. Das kleinste Problem ist noch, dass bei Veranstaltungen statt Plastikbechern Geschirr aus Porzellan oder Glas verwendet wird. Die andere Frage geht sehr viel tiefer.

Schulz: Ich möchte noch einmal auf den Punkt der Kulturbauten zurückkommen, also den Bau neuer Kultureinrichtungen oder die Umnutzung von Industriebauten für Kultur. Ist das die richtige Strategie mit Blick auf eine Infragestellung der Wachstumslogik oder müsste über weniger Kultureinrichtungen nachgedacht werden?

Sievers: Ich habe den Vorschlag eines Dekadenmoratoriums gemacht: Zehn Jahre keine neuen Kultureinrichtungen bauen. Natürlich weiß ich, dass das eine provokative These ist, die für absurd gehalten wird, weil man im Grunde nichts ändern will und sich mit *greenwashing* zufrieden gibt. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir in diesen Dimensionen denken müssen. Es geht nicht mehr um klein-klein, also um die Frage, ob das eine Programm umgesetzt wird und das andere nicht. Das wird der Problemlage nicht gerecht. Sondern wir müssen in großen Dimensionen denken und überlegen, welche Zeichen gesetzt werden. Dazu zählt für mich auch, die

schon zitierte geplante Renovierung der Stuttgarter Oper mit 1 Milliarde Euro mit den geplanten Investitionen in den Klimaschutz in der gleichen Stadt in eine Beziehung zu setzen. Der Kulturbereich darf nicht nur auf sich schauen. Auch hier geht es darum, Ressourcen einzusparen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Und dabei geht es auch um heilige Kühe. Nehmen wir z.B. die ganze Feier der Industriekultur. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Es wird da der Strukturwandel einer Epoche kulturell inszeniert, die die Klimakatastrophe maßgeblich mitverursacht hat. Eigentlich paradox, aber als symbolische Aktion verständlich. Aber da werden Industriegebäude für kulturelle Zwecke umgenutzt, die energetisch eine Katastrophe sind. Und das geschieht nicht nur einmal, sondern zig Mal in der ganzen Republik. Alle Welt schreit danach, möglichst Energie zu sparen, und dann werden Gebäude zu Kulturorten gemacht, die nur mit hohem energetischen Aufwand zu betreiben sind, weil dies vermeintlich oder tatsächlich vom Publikum so gewollt wird. Da stellt sich schon die Frage nach dem Sinn, zumal diese Politik mit den Hinterlassenschaften der Braunkohlereviere ja weitergeht.

Zimmermann: Sicherlich muss bei der Industriekultur differenziert werden. Ich war Anfang des Jahres in Rammelsberg in Goslar und habe mir dort das Bergwerk angeschaut. Dort wird keine zeitgenössische Kunst gemacht, sondern gezeigt, was Bergbau im Harz seit dem 18. Jahrhundert war. Solche Museen in authentischen Orten, mit Einbeziehung der alten Anlagen, finde ich sehr sinnvoll. Zustimmung will ich bei der Skepsis gegenüber der Umnutzung von Industrieflächen zu Kulturflächen. Oder platt gesagt: Kaum ist eine Industriehalle leer, muss die Kultur rein. Das finde ich, müssen wir als verantwortliche Kulturpolitiker in Frage stellen. Das Ruhrgebiet ist in diesem Sinne eine große Lernregion. Hier findet bereits seit Jahrzehnten ein Strukturwandel statt, und es wurden und werden große Hoffnungen in die Kultur gesetzt. Ich denke nur an die Kulturhauptstadt Ruhr 2010, die diesen Wandel im europäischen Kontext zeigen sollte. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich eine ehrliche Bestandsaufnahme lohnen würde, in der aufgeführt wird, was geklappt hat, was ok war und welche Fehler besser vermieden werden sollten. Das könnte gerade mit Blick

auf den anstehenden Strukturwandel in den Braunkohlenrevieren von großem Wert sein.

Schulz: Gehört dazu nicht auch, die Erzählung »Wandel durch Kultur« zu reflektieren oder, um einen Buchtitel von Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand zu zitieren, »Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft?« Stimmt es, dass, wenn ausreichend Kultur da ist, auch der Strukturwandel gelingt?

Sievers: Im Grunde genommen folgte die Kulturpolitik der letzten Jahrzehnte der genannten postmodernen Erzählung. Ganz im Sinne der Analyse von Andreas Reckwitz, die er im Buch »Die Gesellschaft der Singularitäten« auf den Punkt gebracht hat. Er beschreibt darin sehr schön, dass die Menschen solche besonderen Orte wollen, weil sie authentisch und affektgeladen sind und eine narrative Qualität haben. Sie vermitteln gelebte Arbeits- und Wirtschaftsgeschichte der Industriegesellschaft in Verbindung mit Kultur. Die Arbeit ging verloren und jetzt kommen die Künstler und leisten Trauer- und Stolzarbeit. Da steckt viel Postmodernes und auch viel Romantik drin. Ich denke schon, dass dies nützlich war, um einen kulturellen Beitrag zum Strukturwandel zu leisten. Aber heute brauchen wir eine neue Erzählung. Wir können nicht ungebrochen die programmatischen Formeln früherer Zeiten wiederholen und immer wieder den alten Strukturwandel kulturell ummanteln, wo wir schon mitten in einem neuen Wandel stecken. Wir dürfen nicht nur zurückschauen, sondern

müssen einen neuen Zukunftsdiskurs entwickeln.

Schulz: Es wird also eine neue Idee von Kulturpolitik gebraucht?

Zimmermann: Ich würde es gerne noch weiter zuspitzen: Wir brauchen eine neue »neue Kulturpolitik«. Eine Weiterentwicklung der Kulturpolitik vor dem Paradigmenwechsel der Nachhaltigkeitpolitik. Ich habe da auch noch keine Patentlösungen. Und eigentlich sind hierfür Visionen erforderlich, die nicht unmittelbar an Umsetzbarkeit und Praktikabilität gemessen werden. Wer wäre dafür besser geeignet als der Kulturbereich? Ich könnte mir auch gut vorstellen, dass dies eine gemeinsame Aufgabe von Kulturpolitischer Gesellschaft und Deutschem Kulturrat sein könnte, hier einen Diskussionsraum zu öffnen.

Schulz: Ich möchte den Begriff »Der Gesellschaft der Singularitäten« gerne noch aus einer anderen Richtung beleuchten und zwar mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Beheimatung oder auch Heimat. Die Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Debatte um Heimat, wie gehört das zusammen, und wo ist da die Aufgabe der Kulturpolitik?

Zimmermann: Meines Erachtens müssen wir uns in der Kulturpolitik intensiv mit dem Heimatthema beschäftigen. Der Mensch braucht Zugehörigkeit. Er ist ein soziales Wesen und er will sich zugehörig fühlen. Deswegen sind

Zugehörigkeit oder auch Heimatgefühl sehr wichtig. Für mich persönlich ist »Heimat der Ort, wo es mir nicht egal ist, wie es ist«. Das heißt, Heimat ist nicht mit einem bestimmten geografischen Ort verbunden, sondern mit meinem Tun, meinem Engagement verbunden. Für mich gehört zur Heimat auch die deutsche Sprache. Ich kann jene Kultureliten nicht verstehen, die behaupten, Künstlerinnen und Künstler, die in Deutschland leben, brauchen nicht Deutsch zu lernen, sondern könnten sich in Englisch verständigen, das könne doch jeder. Das ist in meinen Augen eine Hybris, die gefährlich werden kann. Ich bin davon überzeugt, dass bei aller Exzellenz und Internationalität im Kulturbereich die Bodenhaftung nicht verloren gehen darf.

Sievers: Für mich gehört auch dazu, dass diejenigen, die den Begriff Heimat als positiven Begriff sehen, schnell missachtet und diskriminiert werden. Als wären sie zurückgeblieben und alten Zeiten verhaftet. Ich fürchte, dass, wer so argumentiert und sogar Zugehörigkeit infrage stellt, den falschen Leuten Argumente liefert. Vielmehr kommt es doch darauf an, Begriffe wie Heimat aufzugreifen, zu reflektieren und zu besetzen, statt sie pauschal zu verurteilen.

Schulz: Wir haben viel über die 1970er und 1980er Jahre gesprochen und über den erforderlichen Paradigmenwechsel durch die Nachhaltigkeitsdebatte, um das Thema einmal in den größeren Kontext zu stellen. Im letzten Jahr haben wir



Claus Harten, Thomas Rietschel,
Barbara Haack, Peter Landmann

KULTURBERATUNG

TAKE PART

- Begleitung von Entwicklungsprozessen
- Beratung und Begleitung von Führungskräften
- Evaluation von Kulturprojekten und Kulturinstitutionen
- Mediation und Konfliktmanagement

www.takepart-kulturberatung.de Telefon 07934 9131-0

30 Jahre Mauerfall gefeiert, im Oktober stehen die Feierlichkeiten zu 30 Jahre deutscher Einheit an. Was bedeutete die Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die Kulturpolitik?

Zimmermann: Der Fall der Mauer im Jahr 1989 ist ein Bruch. Für den Deutschen Kulturrat als westdeutschen Verband kam der Mauerfall überraschend. Erst wenige Wochen vorher war eine große Tagung des Deutschen Kulturrates zu vierzig Jahren bundesrepublikanischer Kulturpolitik in Bonn durchgeführt worden mit einem Rückblick und Ausblick. All das war auf einmal obsolet und nicht mehr gefragt. Ohne Frage standen in Ostdeutschland die Kultureinrichtungen und die Künstlerinnen und Künstler vor der riesigen Herausforderung, sich in einem neuen System zu positionieren. Der in Westdeutschland übliche Wettbewerbsföderalismus war unbekannt, und so waren und sind die ostdeutschen Länder ja auch viel offener bei Aktivitäten des Bundes. Die größte Veränderung ist aber in meinen Augen, dass eine Ökonomisierung des gesamten Kulturbereiches die Folge war. Letztlich war der Markt der Sieger. Die Auseinandersetzung der Systeme Ost – West war beendet. Der Kapitalismus hatte gesiegt. Und so zog der Kapitalismus auch in die Kulturstrukturen ein. Selbstverständlich folgte die Kulturwirtschaft schon immer der kapitalistischen Logik, aber nun wurde dies auch im öffentlichen oder öffentlich-geförderten Kulturbereich relevant. Daraus entstanden Debatten um Optimierung, Management, bessere Vermarktung usw. Das Zeitalter der Kulturmanager begann. Die Frage nach der künstlerischen Autonomie, die auch eine Freiheit von ökonomischen Zwängen sein kann, trat dabei in den Hintergrund. Ich denke, auch die Logik der Ökonomisierung des Kulturbereiches gehört bei einer Revision der Kulturpolitik auf den Prüfstand.

Sievers: Ich stimme der Analyse zu. Das Ende der 1980er Jahre bildet eine Zäsur. Da begann die Debatte um Annäherung der Kultur an die Wirtschaft. Sie wurde zuerst durchaus selbstkritisch und reflexiv geführt, dann kamen aber relativ schnell die Diskussionen um Ökonomisierung, neue politische Ökonomie, dezentrale Steuerungsformen, Effizienz, Effektivität, Rückzug des Staates usw. Da gibt es einerseits positive Entwicklungen wie die Förde-

rung auf Abstand durch die selbstverwalteten Kulturfonds, andererseits aber auch eine ganze Reihe negativer. Es gehört zu den unerledigten Aufgaben der kulturpolitischen Debatte, diese neoliberale Zeit aufzuarbeiten und zu bilanzieren, was nicht so gut gelaufen ist im Einigungsprozess. Das diesjährige Jubiläum könnte dafür ein Anlass sein.

Schulz: Meines Erachtens gehört in diesen Kontext auch das stärkere Messen, Wiegen, Zählen, das sehr oft unter dem Begriff Evaluierung zusammengefasst wird? Überspitzt könnte man sagen, dass mitunter die Evaluierung wichtiger ist als ein Programm selbst.

Zimmermann: Ich habe den Eindruck, dass dies nicht nur eine Vorgabe des Staates war, sondern auch von Verbänden befördert wurde. Wenn jede Förderung in ein Konzept passen muss, legt das die Forderung nach Evaluierung nahe.

Sievers: Ja, ich stimme zu, dass es auch in den Verbänden, auch in der kulturpolitischen Gesellschaft, neoliberale Grenzgänge gab. Ich habe Chancen im Konzept eines »aktivierenden Staates« gesehen, die Beteiligungsoptionen eröffnen. Damit Kultureinrichtungen und zivilgesellschaftliche Akteure mehr Freiheit erhalten und selbstständiger werden konnten. Und natürlich muss mit öffentlichen Mitteln auch wirtschaftlich umgegangen werden. Dennoch bin ich heute gegenüber dem neoliberalen Grenzgang skeptischer als ich es früher war.

Schulz: Meine Frage zielte nicht so sehr auf ökonomische Evaluierung, sondern vielmehr auf die Festlegung messbarer Kriterien, was mit einem Programm erreicht werden sollen. Nach meinem Eindruck werden teilweise durch Kriterien Sachverhalte verfestigt, die eigentlich überwunden werden soll. Oder um es an einem Beispiel auszuführen: Wenn ich zähle, wie viele Migrantinnen und Migranten Kultureinrichtungen besuchen und dies in der besten Absicht mache, um eine Einrichtung zu öffnen, verfestige ich allein durch meine Frage wieder Zuweisungen. Was bringt also das Messen, Wiegen, Zählen den Kultureinrichtungen und vor allem was bedeutet es für die Kunst?

Sievers: Das ist ein Riesenthema. Evaluation ist eigentlich ein hochan-

spruchsvolles Verfahren. In der Praxis wird daraus leider oft reine Fliegenbeinzählerei, die unterkomplex ist. Ich werfe denjenigen, die das machen, diese Unterkomplexität nicht vor. Sie stehen unter Druck, müssen Ergebnisse vorlegen. Sehr oft wollen die Auftraggeber, also die Ministerien, auch nichts anderes als diese Fliegenbeinzählerei. Aber faktisch bringt das nichts. Nicht bei jedem Programm, weil dies zu aufwendig wäre. Aber hin und wieder, um eine Orientierung zu gewinnen, wäre eine methodisch anspruchsvolle Evaluierung im Rahmen der Kulturpolitikforschung sehr sinnvoll.

Zimmermann: Aus meiner Sicht besteht doch die große Herausforderung darin, dass die Kulturpolitikforschung so stark mit einigen Verbänden verbunden ist. In anderen gesellschaftlichen Bereichen besteht eine viel stärkere Trennung zwischen Wissenschaft, die an den Hochschulen betrieben wird, und den Verbänden, die Forschung aufgreifen und politische Forderungen formulieren. Das ist im Kulturbereich viel enger verbunden. Bei der kulturpolitischen Gesellschaft mit dem Institut für Kulturpolitik, aber auch beim Deutschen Kulturrat mit seinen Forschungen beispielsweise zu Frauen in Kultur und Medien. Ich denke auch die Verbandsentwicklung ist eng mit dem Wunsch gekoppelt gewesen, Lücken in der Forschung zu schließen. Das bedeutet einen teilweise schwierigen Spagat, beides, d.h. Politik und Forschung zu machen. Ich finde aber, dass sich die Ergebnisse im Großen und Ganzen sehen lassen können und gerade für kulturpolitische Entscheidungen praxistauglich sind.

Sievers: Dem stimme ich zu. Bekanntermaßen bin ich ein Freund von verbandsgebundener, anwendungsorientierter Kulturpolitikforschung. Der große Vorteil der Verbände ist ihre Nähe zu den Praxisfeldern. Selbstverständlich braucht es dazu auch eine nötige Distanz, aber die sollte bei Wissenschaftler*innen vorausgesetzt werden können.

Schulz: Das ist, finde ich, ein guter Schluss vom Anfang unseres Gespräches zu den Umbrüchen in der Kulturpolitik der letzten Jahrzehnte hin zur anwendungsorientierten Kulturpolitikforschung. Herzlichen Dank für das Gespräch. ■